



## **Inhalt**

1.	Das Zypernproblem .....	2
2.	Gasvorkommen.....	5
3.	Griechische Zyprioten .....	7
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	7
	Innenpolitische Entwicklungen .....	7
	Arbeitsverhältnisse und Gewerkschaften .....	8
	Außenpolitik .....	10
4.	Türkische Zyprioten .....	10
	Wirtschaftliche Entwicklung.....	10
	Innenpolitische Entwicklungen .....	11
	Arbeitsverhältnisse und Gewerkschaften .....	11
	Außenpolitik .....	12
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	12

## **FES NEWS**

- bitte besuchen Sie uns auf -

[www.fescyprus.org](http://www.fescyprus.org) - [www.facebook.com/FEScyprus](https://www.facebook.com/FEScyprus)

## 1. Das Zypernproblem

Im Oktober wurden die Verhandlungen über eine Lösung des Zypernproblems fortgesetzt. Obwohl die Gespräche seit ihrer Wiederaufnahme im Mai in einer positiven Atmosphäre stattgefunden hatten, wurde die Treffen im Oktober mit Skepsis begleitet, da sich erhebliche Divergenzen zwischen beiden Seiten abzeichnen begannen. Diese Entwicklung war jedoch zu erwarten, da die beiden Volksgruppenvertreter nun bei den umstrittenen Kernfragen angelangt sind. Die beiden Seiten sind sich vor allem in den Eigentums- und Bevölkerungsfragen in den Teilstaaten uneinig. Des Weiteren gibt es Differenzen hinsichtlich der Einführung des Acquis Communautaire der EU. Insbesondere die türkisch-zypriotische Seite argumentiert, dass dauerhafte Abweichungen von dem Acquis als ein Recht der türkischen Zyprioten betrachtet werden sollten und nicht als eine Einschränkung des Rechtes der griechischen Zyprioten und anderer EU-Bürger. Daher sollten diese Abweichungen ein EU-Primärrecht werden. Zusätzliche besteht die türkisch-zypriotische Seite auf einer klaren Mehrheit hinsichtlich des Eigentums und der Bevölkerung im nördlichen Teilstaat im Rahmen eines vereinten Zyperns. Die griechischen Zyprioten sind der Auffassung, dass der EU-Acquis auf der ganzen Insel ohne dauerhafte Abweichungen gelten solle, was bedeute, dass für alle Zyprioten die Grundfreiheiten hinsichtlich Eigentumserwerb, Personenfreizügigkeit und freie Wohnortwahl, die jedem EU-Bürger zustehen, gelten. Außerdem spricht sich die griechisch-zypriotische Seite gegen garantierte

Mehrheiten hinsichtlich der Eigentumsverteilung und der Bevölkerung aus.

Vor dem Hintergrund dieser unterschiedlichen Standpunkte trafen sich Präsident Nicos Anastasiou und der türkisch-zypriotische Volksgruppenvertreter Mustafa Akinci am 12. Oktober. Mit dabei waren der UN-Sonderbeauftragte Espen Barth Eide und die beiden Verhandlungsführer Andreas Mavroyiannis und Ozdil Nami. Laut Eide sind sich die beiden Volksgruppenvertreter bewusst, dass noch sehr viel Arbeit vor ihnen liege und betonten ihre Entschlossenheit, das Tempo der Verhandlungen zu beschleunigen. Eide beschrieb das Treffen als „substantiell und konstruktiv“ und fügte hinzu, dass die beiden Politiker „einige Übereinstimmungen sowie Punkte, in denen sie nicht einer Meinung sind“ betont hätten.

Das zweite Treffen der beiden Politiker in diesem Monat – und das insgesamt zehnte - fand am 30. Oktober statt. Nach dem Treffen berichtete Eide, dass beide Volksgruppenvertreter noch einmal bekräftigt hätten, im Interesse ihrer jeweiligen Bevölkerung zu verhandeln, jedoch auch die Bedenken der anderen Gruppe in Betracht zögen, um eine Lösung zu finden, die allen Bürgern Zyperns gerecht werde. Des Weiteren würden die Verhandlungen mit den beiden Volksgruppenvertretern intensiviert. Es seien sechs weitere Treffen für den 2., 5., 18., 20., 23. und den 25. November geplant. Laut Eide werden die beiden Volksgruppenvertreter künftig eine aktivere Rolle bei den Verhandlungen einnehmen, um eine für beide Seiten zufriedenstellende Lösung in den strittigen Punkten zu finden.

Trotz der Uneinigkeit bei zentralen Themen, konnten in zwei Punkten bedeutende Fortschritte erreicht werden. Nach ihrem Treffen vom 12. Oktober lobten beiden Politiker die Arbeit des bi-kommunalen ad-hoc Komitees zur Vorbereitung des EU-Beitritts des zukünftigen türkisch-zypriotischen Teilstaates und die Einführung des Acquis nach dem Inkrafttreten einer Lösung. Akinci betonte, dass der Übergang zum Euro und der Zollunion sowie weitere Harmonisierungen nicht bis nach einem Referendum warten könnten. Am 21. Oktober kündigte der politische Berater und Koordinator für die technischen Ausschüsse Meltem Onurkan Samani die Gründung einer fünften Arbeitsgruppe an, welche die Aufgabe habe, die Bundesgesetze für eine zukünftige Föderation auszuarbeiten. In diesem Zusammenhang trafen sich am 26. Oktober Mavroyiannis und Nami mit Rechtsexperten beider Seiten, um mit der Ausarbeitung künftiger Bundesgesetze zu beginnen.

Trotz der augenscheinlichen Divergenzen konnte am 14. Oktober eine Einigung bei der Öffnung des Dherynia Checkpoints erreicht werden. Während der letzten beiden Monate konnten sich beiden Seiten nicht über den Verlauf der Straße einigen, welche zum Checkpoint führen sollte. Die griechisch-zypriotische Seite bestand darauf, die bestehende Straße nach Varoscha zu benutzen, während die türkisch-zypriotische Seite aus Sicherheitsgründen den Bau einer neuen Straße befürwortete, da die alte Straße an einem Armeeposten vorbei führe. Letztendlich einigten sich die beiden Seiten auf die alte Straße und die Verlegung des Armeepostens. Im Norden wurde dies als ein Sieg Akincis über die türkische Armee gesehen.

Als eine weniger erfreuliche Entwicklung gab Samani bekannt, dass die technischen Arbeiten für die Kompatibilität der beiden Telefonnetze, welche eine von beiden Volksgruppenvertretern im Mai vereinbarte vertrauensbildende Maßnahme war, noch nicht beendet seien. Die Einführung werde aufgrund rechtlicher Hindernisse durch die Regulierungsbehörden im Süden hinausgezögert.

In einem Interview mit Esra Aygin von der *Cyprus Weekly* sagte Akincis Sprecher, Baris Burcu, dass die Kosten einer Lösung auf 20 - 25 Milliarden Euro geschätzt werden. Er fügte hinzu, dass das Geld vor allem aus Spenden und langfristigen Krediten internationaler Institutionen stammen werde. Am Rande der UN-Generalversammlung führte der Sonderbeauftragte Eide Gespräche mit Vertretern verschiedener Länder und internationaler Organisationen, um Wege zur Finanzierung einer Lösung der Zypernfrage zu erkunden. Unterstaatssekretär Constantinos Petrides zufolge seien sowohl die Weltbank wie auch der Internationale Währungsfond daran interessiert, Zypern technische Hilfe zur Verfügung zu stellen, um die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen in einem vereinten Zypern zu sichern.

In einem Interview mit der türkischen Tageszeitung *Milliyet* sagte Akinci, dass drei Viertel der griechisch-zypriotischen Flüchtlinge nicht in ihre Häuser im Norden zurückkehren wollten. Die heikle Eigentumsfrage solle vor allem mit Hilfe von Kompensationszahlungen an die rechtmäßigen Eigentümer gelöst werden. Der türkisch-zypriotische Volksgruppenvertreter fügte hinzu, dass die Monate November, Dezember und

Januar kritisch für die laufenden Verhandlungen seien.

In der Zwischenzeit spielte Präsident Anastasiades in einem Interview mit der Zeitung *Reporter* ein mögliches Referendum im kommenden März herunter, da es in einigen schwierigen Punkten wie z.B. in der Eigentumsfrage, bei den Gebietsanpassungen und Garantien, dem Abzug von Truppen, bei Übergangsfristen sowie der Frage der Grundfreiheiten und den Menschenrechten noch Differenzen gebe. Trotz dieser Schwierigkeiten sagte der Generaldirektor der Vereinten Nationen in Genf, Michael Möller, welcher auch von 2006 bis 2008 als der Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs in Zypern diente, dass dieser Prozess seit 40 Jahren andauere und man einer Lösung nie näher gewesen sei als zum jetzigen Zeitpunkt.

Im Rahmen des Stelios Bi-Communal Business Awards 2015 wurden am 26. Oktober insgesamt 31 Auszeichnungen mit einem Preisgeld von jeweils 10.000 Euro an griechische und türkische Zyprioten vergeben. Die Auszeichnungen unterstützen gemeinsame Geschäftsideen von griechisch- und türkisch-zypriotischen Unternehmen. Die Anzahl der Bewerbungen in diesem Jahr war die höchste seit Beginn der Initiative und war viermal höher als in den vergangenen Jahren. Sir Stelios gab bekannt, dass die Fördersumme im nächsten Jahr auf eine halbe Million Euro erhöht werde und 50 bi-kommunale Teams ausgezeichnet werden sollen. Insgesamt wurden in den letzten sieben Jahren 2 Millionen Euro an Preisgeldern vergeben.

Am 9. Oktober nahmen Ali Tuncay und Takis Hadjidemetriou den diesjährigen Europäischen Bürgerpreis entgegen. Sie erhielten diesen Preis für ihre Arbeit als Leiter des bi-kommunalen technischen Ausschusses für kulturelles Erbe, der gemeinsamen Kulturdenkmälerschützt und restauriert. Die Zeremonie wurde durch Büro des Europäischen Parlaments in Zypern organisiert und fand im EU-Haus in Nikosia statt.

Die Restaurierung der armenischen Kirche und Klosteranlage in Nikosia gewann den Preis der Europäischen Union für kulturelles Erbe (Europa Nostra Preis 2015), welcher als höchste Auszeichnung der EU in diesem Bereich gilt. Der Erfolg wurde während einer Veranstaltung gefeiert, an der auch die beiden Bürgermeister Nikosias, Mehment Harmanci und Constantinos Yiorkadjis teilnahmen.

In einer landesweiten Meinungsumfrage für den Fernsehsender *Sigmalive*, an der 1.000 Menschen befragt wurden, gab eine große Mehrheit von 80% an, dass sie für ein Ende der Garantien seien. 90% befürworteten den Abzug des türkischen Militärs und die Rückkehr der türkischen Siedler, während 88% nicht dafür sind, die derzeitigen Nutzer griechisch-zypriotischen Eigentums mit den rechtmäßigen Eigentümern gleichzusetzen. 77% der Befragten sind gegen eine Neugründung der Republik Zypern. Außerdem sprachen sich fast 60% gegen eine rotierende Präsidentschaft aus, während 35% der Befragten nichts dagegen hätten. Die beiden wichtigsten Anliegen der griechischen Zyprioten sind Sicherheit (40%) und die Eigentumsfrage (35%).

Eine gemeinsame Delegation der Bauunternehmerverbände beider Seiten, KTIMB und OSEOK, besuchten Akinci und überreichten eine Liste mit vertrauensbildenden Maßnahmen und konkreten Schritten, welche beide Verbände unternehmen wollen, um den derzeitigen Friedensprozess zu unterstützen. Beide Organisationen wollen die Interessen der zypriotischen Bauunternehmen nach einer Lösung in einem föderalen Zypern schützen.

Das Komitee für vermisste Personen (Committee on Missing Persons, CMP) traf sich in Brüssel mit EU-Vertretern. Der Besuch zielte laut einer Erklärung des CMP darauf ab, die finanzielle und politische Unterstützung für das Projekt zu erweitern. Die Arbeit des CMP umfasst Exhumierungen, Identifikationen und die Rückführung der Überreste vermisster Personen. In der Zwischenzeit konnte das CMP die Überreste von vier neuen Personen an einer Stelle hinter dem Zentralgefängnis in Nordnikosia ausgraben.

Als Teil einer Abmachung für mehr Zusammenarbeit in der EU-weiten Flüchtlingskrise mit der Türkei, sagte Kanzlerin Merkel in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem türkischen Premierminister Ahmet Davutoglu in Istanbul, dass Deutschland bereit sei Kapitel 17 der Beitrittsverhandlungen (Wirtschaftspolitik) zu öffnen und Vorbereitungen zur Öffnung von Kapitel 23 (Justiz und Grundrechte) sowie Kapitel 24 (Justiz, Freiheit und Sicherheit) zu treffen, die Teil der acht von der Republik Zypern blockierten Kapitel sind. Als Antwort auf Merkels Stellungnahme erwiderte Außenminister Ioannis Kasoulides, dass Zypern einer Öffnung der

besagten Kapitel nicht zustimmen könne, da der Grund für deren Blockierung weiterhin bestehe. Wie die Tageszeitung *Daily Hürriyet* berichtete, gebe es nach Aussagen des türkischen Außenministers Feridun Sinirlioglu keine Verbindung zwischen den stockenden EU-Beitrittsverhandlungen und der Flüchtlingskrise.

## 2. Gasvorkommen

Berichten zufolge ist das französische Energieunternehmen Total an einer Verlängerung seiner Explorationsgenehmigung in Block 11 interessiert, nachdem ENI im Zohr-Feld, das sich innerhalb der ägyptischen ausschließlichen Wirtschaftszone befindet, große Gasvorkommen entdeckt hatte. Das Zohr-Feld liegt nur 6 km vom zypriotischen Block 11 entfernt. Das Unternehmen hatte erwogen seine Aktivitäten innerhalb der zypriotischen Gewässer zu beenden, nachdem keine Bohrziele identifiziert werden konnten, behielt aber dennoch die Explorationsrechte in diesem Block. Die Explorationsgenehmigung läuft im Februar 2016 aus. Die Gasfunde im ägyptischen Zohr Feld lösten Befürchtungen aus, dass Ägypten kein zypriotisches Gas mehr kaufen werde. Ägyptische Regierungsvertreter versicherten jedoch, dass ihr Land weiterhin am Kauf zypriotischen Gases interessiert sei. Experten hatten zuvor darauf hingewiesen, dass es für Ägypten nunmehr keinen Grund gebe zypriotisches Gas zu kaufen.

In der Zwischenzeit gab Energieminister Giorgos Lakkotrypīs bekannt, dass eine Reihe von Ener-

gieunternehmen Interesse an einer dritten Runde für die Vergabe von Explorationslizenzen für die zyprische ausschließliche Wirtschaftszone gezeigt hätten.

Der israelische Energiekonzern Delek gab in einer Pressemitteilung vom 22. Oktober bekannt, dass bis Mai 2016 mit Ablauf der derzeitigen Lizenz keine weiteren Bohraktivitäten in Block 12 geplant seien. Wie weiter mitgeteilt wurde, wollen die Partner von Block 12, wie im Produktionsteilungsvertrag vorgesehen, die Möglichkeit einer Änderung des Entwicklungsplans untersuchen und Gespräche über den vorgeschlagenen Plan zur Entwicklung des Aphrodite Feldes führen. Dies deutet darauf hin, dass Delek möglicherweise eine Vertragsänderung anstrebt. Das Energieunternehmen Noble hält eine Beteiligung von 70% an dem Block, während die Delek Tochterunternehmen Aver Oil Exploration und Delek Drilling jeweils Anteile von 15% besitzen.

Dem israelischen Business-Portal *Globes.co.il* zufolge, verzögert der Wunsch Israels an dem Bewilligungsprozess zur Entwicklung der Gasvorkommen im Aphrodite-Feld in Block 12 beteiligt zu sein die Unterzeichnung eines Kooperationsabkommens mit Zypern und somit möglicherweise auch die Entwicklung des Reservoirs. Israel behauptet, dass das Aphrodite-Feld in die exklusive Wirtschaftszone Israels hineinreicht, was somit den Wunsch bei der Entwicklung der Reserven beteiligt zu sein nach israelischer Lesart legitimiert. Nach Angaben der Internetseite, befinden sich Zypern und Israel in Verhandlungen über die Ausgestaltung der gemeinsamen Entwicklung von Öl- und

Gasfeldern, die von beiden Ländern geteilt werden. Dies beinhaltet auch den Bau einer gemeinsamen Pipeline, mit deren Hilfe Gas nach Europa geliefert werden sollte sowie ein Stromkabel zwischen Israel und Zypern. Laut ungenannten Quellen verzögere der israelische Energieminister Yuval Steinitz einen Besuch in Zypern bis zum Abschluss der Verhandlungen. Der zyprische Energieminister Giorgos Lakkotrypis dementierte die auf der Internetseite erschienen Berichte.

In einem Interview mit der Tageszeitung *Kathimerini* sagte Lakkotrypis, dass anstelle einer Pipeline, welche direkt von dem Aphrodite-Feld nach Ägypten führt, eine kürzere und kostengünstigere Pipeline gebaut werden könne, die zu dem neu entdeckten Zohr-Feld führen könne, um das zyprische Gas von dort nach Ägypten zu liefern. In solch einem Szenario würde mit Hilfe der Anlagen des Zohr-Feldes zyprisches und ägyptisches Gas in einer einzigen Pipeline nach Ägypten transportiert. Trotzdem, so der Energieexperte Charles Ellinas, seien Exporte nach Ägypten nicht rentabel. Laut Ellinas seien die Kosten, um das Gas von dem Aphrodite-Feld zu dem Zohr-Feld zu pumpen nur geringfügig niedriger verglichen mit den Kosten einer direkten Pipeline nach Ägypten. Dies Kosten sollen bei 5,75 bzw. 6,5 US-Dollar pro mmbtu liegen. Die Preise für Flüssiggas lägen derzeit zwischen ca. 6 – 7 US-Dollar in Europa. Vorsichtigen Schätzungen zufolge läge der Marktpreis für zyprisches Flüssiggas bei ca. 10 US-Dollar. Im Vergleich zu den derzeitigen Preisen für LNG-Gas an den europäischen Märkten sei das zyprische Gas einfach zu teuer.

### 3. Griechische Zyprioten

#### Wirtschaftliche Entwicklungen

Nach einer positiven Bewertung des wirtschaftlichen Anpassungsprogramms gab der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) am 9. Oktober eine Tranche in Höhe von 500 Millionen Euro an Zypern frei. Insgesamt hat Zypern bis dato 6.3 Milliarden Euro der vorgesehenen 9 Milliarden Euro aus dem finanziellen Hilfsprogramm erhalten.

Nach Angaben der zypriotischen Zentralbank erhöhte sich der Anteil der faulen Kredite von 47,4% im Juli auf 47,8% im August.

Am 27. Oktober gab die zypriotische Regierung Staatsanleihen mit 10-jähriger Laufzeit und einer durchschnittlichen Rendite von 4.25% heraus. Dieser Schritt signalisiert die vollständige Rückkehr Zyperns an den Finanzmarkt, nachdem das Land im März 2011 eine Bankenrettung in Höhe von 10 Milliarden Euro in Anspruch nehmen musste. Die Ausgabe der Staatsanleihen war Zyperns dritter erfolgreicher Test, um nach dem Ausschluss im Mai 2011 wieder Zugang zu den internationalen Finanzmärkten zu erlangen. Zuvor hatte die Regierung im Juni 2014 Staatsanleihen in Höhe von 750 Millionen Euro mit fünfjähriger Laufzeit und einer durchschnittlichen Rendite von 4,85% herausgegeben und danach im April 2015 Staatsanleihen mit siebenjähriger Laufzeit in Höhe von 1 Milliarde Euro mit einer durchschnittlichen Rendite von 4%. Laut Finanzminister Harris Georgiades wurde Zyperns Kreditwürdigkeit im Prinzip wiederhergestellt. 450 Millio-

nen Euro der geliehenen 1 Milliarde Euro werden in Staatsanleihen umgetauscht, die 2019 und 2020 fällig werden, während die verbleibenden 550 Millionen Euro die Bargeldreserven der Regierung stärken sollen, wenn das Land in naher Zukunft aus dem Anpassungsprogramm entlassen wird. Die Rating-Agenturen *Moody's Investors Service*, *Standard & Poor's* sowie *Fitch Ratings* bewerteten Zypern mit B3, BB- bzw. B+. Alle Bewertungen liegen unterhalb des Investment-Grade.

#### Innenpolitische Entwicklungen

Am 22. Oktober legte die derzeit regierende DISY dem Parlament einen Vorschlag zur Änderung der bestehenden 1,8%-Hürde für Parteien bei Parlamentswahlen vor. Die Hürde soll auf die in anderen EU-Ländern üblichen 5% angehoben werden. Damit sollen die Arbeit und Abläufe des Parlaments effizienter werden. Die kleineren Parteien reagierten mit heftiger Kritik und bezeichneten diesen Vorschlag als undemokratisch.

Die Einweihung des Wasserprojektes, welches die „TRNZ“<sup>1</sup> mit Hilfe einer Unterwasser-Pipe-

---

<sup>1</sup> Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Mustafa Akinci der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, wird er von der internationalen Gemeinschaft als der Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten betrachtet. Da die Regierung der Republik Zypern international als die Regierung für die gesamte Insel anerkannt wird, ist somit die ganze Insel ein Mitglied der Europäischen Union. Das *Acquis communautaire* ist im Norden Zyperns ausgesetzt, bis eine politische Lösung in der Zypernfrage gefunden ist (siehe Protokoll Nr. 10 des Aufnahmevertrages).



line mit der Türkei verbindet, riefen heftige Reaktionen auf Seiten der Parteien im Süden hervor. Das Projekt wird allgemein als ein weiterer Versuch der Türkei gewertet, um deren Einfluss und Präsenz sowie die Türkifizierung im Norden voranzutreiben.

### **Arbeitsverhältnisse und Gewerkschaften**

Mit Hilfe von zwei Urteilen des Arbeitsgerichtes am 30. September wurde die Stellung von Arbeitnehmern mit zeitlich befristeten Arbeitsverträgen gestärkt. Somit wurde die bisherige weitverbreitete Praxis, Arbeitnehmer wiederholt mit zeitlich befristeten Arbeitsverträgen zu beschäftigen mit dem Ziel, einer Kompensationszahlung zu entgehen, als rechtswidrig bewertet. Im ersten Fall wurde ein Professor an einer privaten Universität vier Jahre und im anderen Fall ein Koch für zweieinhalb Jahre mit zeitlich befristeten Arbeitsverträgen beschäftigt. Das Arbeitsgericht entschied, dass Arbeitnehmer mit befristeten Arbeitsverträgen wie ihre Kollegen mit unbefristeten Verträgen nach einer Entlassung Anspruch auf Kompensationszahlungen haben. Dieses Urteil ist ein Präzedenzfall für Tausende von Arbeitnehmern, die unter derartigen Bedingungen beschäftigt werden und eine Warnung an Arbeitgeber, von solchen Praktiken, die in den letzten zehn Jahren immer mehr zunahmen, Abstand zu nehmen.

Die andauernden Streikaktionen der Hafentarbeiter, welche eine sofortige Entschädigung als Folge der Privatisierung der Häfen fordern, fanden keine Unterstützung durch die Gewerkschaften. Die Regierung wies in diesem Zusam-

menhang darauf hin, dass es im Verantwortungsbereich des Hafenbetreibers *Galimento* liege, die Häfen offen zu halten. Die Handelskammer wiederholte ihre Forderung, Streiks in „wesentlichen Dienstleistungen“ zu verbieten.

Im Oktober konnte der Streit im Bankensektor nicht beigelegt werden, obwohl eine ursprünglich angekündigte zweistündige Arbeitsniederlegung bei der Hellenic Bank aufgrund der Intervention des Ministers für Arbeit und Soziales nicht stattfand.

Die Gewerkschaften des Stromunternehmens AEK fochten vor Gericht die Privatisierungspläne der Regierung mit dem Argument an, dass diese nicht verfassungskonform sei. Das Gericht verschob jedoch die Verhandlung. Zwischenzeitlich legten AKEL, EDEK, Bürgerallianz und die Grünen dem Parlament einen Gesetzesentwurf vor, der, sollte eine Mehrheit dafür stimmen, die Privatisierung von AEK und des Telekommunikationsunternehmens CYTA bis 2017 blockieren würde.

Die Regierung wird die Einfrierung bei den Gehaltserhöhungen für die bereits beförderten oder noch zu befördernden Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes ab 1. Januar 2016 aufheben. Diese Maßnahme betrifft 650 Arbeitnehmer. Laut Regierung seien die Kosten für den Staat unbedeutend. Gleichzeitig finde eine Reform des öffentlichen Sektors statt, welche die Gesamtkosten senken sollen. AKEL und DIKO kritisierten die Entscheidung der Regierung. Die neue Gewerkschaft für den öffentlichen Sektor, ASDI, welche nun neben der etablierten Gewerkschaft PASIDI aktiv für die Inte-



ressen der Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes eintritt, veröffentlichte eine Erklärung, in der die Darstellung des Sachverhaltes in den Medien kritisiert wurde, da nur einige wenige öffentliche Angestellte davon betroffen seien und nicht eine allgemeine Gehaltserhöhung vorgesehen sei. Die Medien würden eine negative Haltung in der Öffentlichkeit gegen alle Angestellten des öffentlichen Dienstes provozieren. Laut ASDI werde diese Taktik häufig verwendet, um die Arbeiterschaft zu spalten und die Kritik von jenen abzuwenden, die für die Krise verantwortlich seien wie z.B. Bauunternehmer, Banker und Finanziers.

Der Minister für Arbeit und Soziales sagte vor dem parlamentarischen Ausschuss für Arbeit, dass 12.670 Familien von dem garantierten Mindesteinkommen profitiert hätten und dass insgesamt 23.000 Personen zum ersten Mal Zugang zu staatlicher Hilfe erhielten. AKEL hob die Verzögerungen bei den Antragstellungen und der Bearbeitung der Anträge hervor und kündigte an, dass sie Änderungen vorschlagen werde, um Langzeitarbeitslose und Rentner mit geringem Einkommen besser zu schützen.

Der Minister für Arbeit und Soziales sagte während eines Treffens mit dem Arbeitgeberverband, dass sie die Forderungen nach verlängerten Öffnungszeiten für Geschäfte positiv bewerte. Gleichzeitig werde Unternehmen mit finanziellen Schwierigkeiten Hilfskredite angeboten, um die Sozialversicherungsbeiträge für ihre Angestellten entrichten zu können. Sie werde auch die Forderung der Arbeitgeber prüfen, deren Beitrag von 1,2% auf 0,6% im Entschädigungsfond zu kürzen. Sie lehnte

jedoch die Forderung zur Kürzung des Mindesteinkommens ab.

Während einer Konferenz des Verbandes der Bauunternehmer erklärte SEK, dass es an der Zeit sei, dass Gehälter und Sozialleistungen auf den Stand von vor der Krise zurückkehrten.

Laut einer Untersuchung des zypriotischen Statistikamtes über die Bereitschaft junger Menschen nach dem Zusammenbruch der Wirtschaft auszuwandern, gaben 28% der 18 – 28-jährigen an, dass sie Zypern für bessere Berufschancen verlassen würden. 62% derjenigen, die emigrieren möchten haben einen Universitätsabschluss und 79% haben keine familiären Verpflichtungen.

Laut einer Untersuchung der Vereinigung für Sicherheit und Gesundheit klagten 70,2% der arbeitenden Männer und Frauen über eine sehr hohe Stressbelastung am Arbeitsplatz. 15% der Arbeitnehmer gaben an, dass sie Mobbingopfer seien.

Neuesten statistischen Untersuchungen zufolge nehmen die Einkommensunterschiede in Zypern rapide zu. Basierend auf dem Gini Koeffizienten, einem der zuverlässigsten Indikatoren, nahmen die Unterschiede von 29 im Jahr 2008 auf 31 im Jahr 2012 und 34,8 im Jahr 2014 zu. Die Zunahme ist die bei weitem schnellste innerhalb der EU und in absoluten Zahlen hat Zypern nun die höchsten Einkommensunterschiede nach Lettland und Litauen. Der Anteil der Bevölkerung, die von Armut und Exklusion betroffen sind, ist von 23,3% im Jahr 2008 auf 27,5% im Jahr 2014 gestiegen. Die durch das jährliche Einkommen bestimmte Armutsgrenze

nahm von 9,614 im Jahr 2008 auf 8,640 im Jahr 2014 ab. 2015 mussten rund 10.600 Familien in Zypern ihre Nahrung durch Ausgabestellen öffentlicher Wohltätigkeitsorganisationen beziehen.

### **Außenpolitik**

Im Rahmen eines sechstägigen Arbeitsbesuches reisten Präsident Anastasiades, Außenminister Ioannis Kasoulides, der Minister für Verkehr, Kommunikation und öffentliche Arbeiten, Marios Demetriades sowie Regierungssprecher Victoras Papadopoulos und eine Delegation zypriotischer Geschäftsleute am 13. Oktober nach China. Der Besuch galt der Vertiefung der bilateralen Beziehungen. Außerdem wurden mögliche Bereiche für eine Zusammenarbeit wie z.B. beim Transport, Tourismus oder bei der Investitionsförderung ausgelotet. Anastasiades traf sich mit dem Präsidenten der Volksrepublik China Xi Jinping und nahm an der Konferenz asiatischer Parteien teil, die unter dem Motto „Eine neue Sicht der Seidenstraße: Wege für eine gemeinsame Entwicklung“ stand. Während der Konferenz sagte Anastasiades, dass Zypern aktiv an der Silk Road Initiative teilnehmen wolle. Die Initiative ist ein Aktionsplan, welcher die Verbindung und Zusammenarbeit zwischen den teilnehmenden Ländern in Asien, Europa und Ozeanien stärken soll.

## **4. Türkische Zyprioten**

### **Wirtschaftliche Entwicklung**

Am 17. Oktober wurde das Wassertransferprojekt eingeweiht, welches jährlich 75 Millionen Kubikmeter Wasser mit Hilfe einer Unterwasserpipeline aus der Türkei nach Zypern liefern soll. Die 107 km lange Pipeline wurde in vier Jahren gebaut. Die Kosten lagen bei über 500 Millionen US-Dollar. Das gelieferte Wasser soll zur Hälfte als Trinkwasser und zur anderen Hälfte für die Bewässerung und Landwirtschaft genutzt werden. Während der Einweihungsfeier in Mersin sagte der türkische Premierminister Ahmet Davutoglu, dass das „Mutterland“ Türkei und die „TRNZ“ nun tatsächlich durch eine aus Wasser bestehende Brücke miteinander verbunden seien, welche das unzerstörbare Band zwischen beiden Ländern noch gestärkt habe. Davutoglu glaube, dass die beiden „Völker“ auf der Insel Seite an Seite zusammen leben können und dass das nach Zypern gepumpte Wasser ein Katalysator für den Frieden auf der Insel sei. Er hoffe, das Wasser bringe nicht nur Leben, sondern auch Frieden nach Zypern.

Auch nach dem Bauende des Projekts wird die Diskussion über dessen Management weitergeführt. Anfang dieses Jahres gründeten 26 Gemeinden ein Unternehmen, um das aus der Türkei gelieferte Wasser zu managen. Medienberichten zufolge bevorzugt der für das Projekt zuständige türkische Minister für Forst- und Wasserwirtschaft Veysel Eroglu dessen Privatisierung.

Das Kultusministerium veröffentlichte Zahlen, wonach an den türkisch-zyprischen Universitäten für das akademische Jahr 2015-2016 81.000 Studenten eingeschrieben sind. 69.015 der Studenten kommen aus dem Ausland, wovon 47.033 aus der Türkei stammen. Im letzten Jahr waren insgesamt 74.000 Studenten eingeschrieben, von denen 41.928 aus der Türkei kamen.

Der vorläufige Haushaltsplan für die Jahre 2016 bis 2018 sieht nach Angaben des staatlichen Planungsbüros ein jährliches Wachstum von 3,5% vor. Die Zahl der Arbeitnehmer liegt derzeit bei 105.000 und soll auf 114.000 anwachsen, während die Einnahmen aus dem Tourismus von 679,4 Millionen US-Dollar auf 788,5 Millionen US-Dollar bis zum Ende der Haushaltsperiode steigen sollen. Die Inflationsrate soll in diesem Zeitraum bei ca. 4,5% verharren. Im Oktober sind die Verbraucherpreise um 1,52% gestiegen, während die Inflationsrate während der letzten zehn Monate 7,39% erreichte.

### **Innenpolitische Entwicklungen**

Der größere Koalitionspartner CTP-BG bildete das Kabinett um. Finanzminister Hasan Basoglu wurde durch den CTP-BG Abgeordneten für Nikosia, Birikim Ozgur, ersetzt. Der CTP-BG Abgeordnete für Famagusta, Erkut Sahali, übernahm das Amt von Landwirtschaftsminister Onder Sennaroglu. Der Abgeordnete für Famagusta, Asim Akansoy, ersetzte den Innen- und Arbeitsminister Aziz Gurpinar. Laut Premierminister Kalyoncu wollte Basoglu aufgrund von gesundheitlichen Problemen sein

Amt niederlegen, während Sennaroglu und Gurpinar ihr Amt verloren, um das Kabinett zu verjüngen.

Sibel Siber, die Abgeordnete für Nikosia für die Republican Turkish Party-United Forces (CTP-BG) wurde als Parlamentssprecherin wieder gewählt, während der Abgeordnete für die stärkste Oppositionspartei Democratic Party (DP) für Iskele (Trikomo), Hüseyin A. Alanli stellvertretender Parlamentssprecher wurde. Aufgrund einer kürzlich verabschiedeten Änderung muss der stellvertretende Parlamentssprecher von der stärksten Oppositionspartei kommen.

Der Entwurf des Parteiengesetzes, welches der Präsident zur Überprüfung an das Parlament zurückgeschickt hatte, wurde ohne Änderung einstimmig durch das Parlament angenommen. Laut Verfassung muss der Präsident das Gesetz erlassen.

Emine Dirdarli wurde durch das Parlament als neue Ombudsfrau bestätigt. Dirdarli war vom Präsident während der Sommerpause des Parlaments vorgeschlagen worden.

### **Arbeitsverhältnisse und Gewerkschaften**

Der Revolutionäre Gewerkschaftsbund Dev-Is gab bekannt, dass die Bemühungen einer der Partnergewerkschaften eine Gewerkschaftsvertretung in der Kläranlage in Haspolat (Mia Milia) aufzubauen, erfolgreich war und Tarifverhandlungen mit dem Arbeitgeber WTE Wassertechnik GmbH in Kürze beginnen sollen.

Die Gewerkschaft der öffentlichen Angestellten KTAMS organisierte am 23. Oktober einen 24-

stündigen Streik bei der Kraftfahrzeugregistrierungsstelle in Nikosia und am 25. Oktober bei der Brandbekämpfungsabteilung am Flughafen Ercan. Der Vorsitzende der KTAMS Ahmet Kaptan erklärte, dass sich der Streik gegen das Finanzministerium und die Regierung richte, welche im Zusammenhang mit der Abwertung der Türkischen Lira keine Schritte unternommen hätte, obwohl deren Wert gegenüber ausländischen Währungen um 55% abgenommen habe und sich somit die Kaufkraft in den letzten zwei Jahren drastisch verringert habe.

Am 27. Oktober hielt die türkisch-zypriotische Ärztegewerkschaft Tip-Is einen Warnstreik an allen staatlichen Krankenhäusern und Gesundheitszentren ab, um gegen die Probleme im Gesundheitssystem zu protestieren. Dazu gehört vor allem der bestehende Ärztemangel. Während des Streiks beschuldigte der Tip-Is Vorsitzende Sila Usar Incirli die Verantwortlichen, den Gesetzen im Gesundheitsbereich keine Bedeutung zuzumessen.

### Außenpolitik

Während seines Aufenthaltes in New York traf sich Akinci zu Gesprächen mit dem UN-Generalsekretär Ban Ki Moon. In einer nach dem Treffen veröffentlichten Erklärung stand, dass der Generalsekretär die positive und konstruktive Einstellung der beiden Volksgruppenvertreter sowie deren Engagement begrüße. Des Weiteren freute er sich über den Willen, die Anzahl der Treffen in den kommenden Monaten zu erhöhen um baldmöglichst zu einer Lösung zu gelangen. Der Generalsekretär und Akinci

besprachen auch die Rolle der Garantiemächte in diesem Prozess.

Akinci traf sich auch mit dem amerikanischen Außenminister John Kerry. Nach dem Treffen sagte Kerry, dass die USA eine Lösung für das Zypernproblem befürworte, die auf einer bizonalen und bikommunalen Föderation beruhe und er Zypern im November besuchen wolle.

## 5. FES Zypern Veranstaltungen

### November

**Donnerstag 05.11.2015**

PCC / FES  
Konferenz

**The Rise of the Political Right in Cyprus**

Home for Cooperation  
Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



**Samstag 07.11.2015 and Sonntag 08.11.2015**

Enorasis / FES  
Konferenz

**Together We Rebuild our Common Homeland**

Rodon Hotel, Agros Zypern  
Öffentliche Veranstaltung



**Donnerstag 12.11.2015**

PCC / FES  
Konferenz

**Cypriot Israeli Relations**

Home for Cooperation  
Nikosia, Zypern  
Öffentliche Veranstaltung



**Montag 16.11.2015**

PCC/ FES  
Konferenz

**Energy Security Conference**

Chateau Status  
Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



**Montag 23.11.2015 19:00- 20:30**

MC MED / FES  
Launch

**Inclusiveness and the Perceived Legitimacy of Peace Treaties**

Home for Cooperation  
Nikosia, Zypern  
Öffentliche Veranstaltung



**Freitag 27.11.2015**

DZF/ FES  
Konferenz

**Zypern und Deutschland. Bilaterale Beziehungen in Zeiten von Krise und möglicher Wiedervereinigung.**

Gebäude der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin  
Berlin, Deutschland

Öffentliche Veranstaltung

Das Programm kann hier gefunden werden:

[www.fescyprus.org/pages/deutsch/veranstaltungen.php](http://www.fescyprus.org/pages/deutsch/veranstaltungen.php)



**Dezember**

--- keine Veranstaltungen ---



**Impressum:**

**Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)**

Büro Zypern  
Stasandrou Str. 20, Apt. 401  
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336  
Email: [office@fescyprus.org](mailto:office@fescyprus.org)  
Web-Seite: [www.fescyprus.org](http://www.fescyprus.org)  
Facebook: [www.facebook.com/FEScyprus](http://www.facebook.com/FEScyprus)

**Text:**

Hubert Faustmann, Yiannis Charalambous,  
Sertac Soner, Grigoris Ioannou, Ute Ackermann-  
Boeros und Sophia Papastavrou

**Übersetzung:**

Ute Ackermann-Boeros und Hubert Faustmann

**Layout:**

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) Newsletter  
abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie  
bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi [fespaparoditi@gmail.com](mailto:fespaparoditi@gmail.com)